



Antrag

der Fraktion der SPD

Alarmstufe Rot - Veranstaltungsbranche retten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- mit Vertreterinnen und Vertretern der Veranstaltungsbranche sowie der kommunalen Spitzenverbände in einen Dialog mit dem Ziel einzutreten, die schleswig-holsteinische Veranstaltungswirtschaft und die mit ihnen unmittelbar zusammenarbeitenden Unternehmen und ihre Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu sichern. Dabei ist auch eine rechtssichere und möglichst landeseinheitliche Durchführung von Veranstaltungen aller Art und Größe festzulegen.
- wirksame Überbrückungshilfen für die Veranstaltungsbranche zu gewähren.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene

- - dafür einzusetzen, dass der angekündigte Ausfallsicherungsfonds auch die Veranstaltungsbranche berücksichtigt.
 - für bundesweit einheitliche Größenvorgaben für Großveranstaltungen einzusetzen. Ausnahmeregelungen unter Berücksichtigung von aktuellen regionalen Infektionsgeschehen sollen ermöglicht werden.

Begründung:

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben sich in der Telefonschaltkonferenz mit der Bundeskanzlerin am 27. August 2020 darauf geeinigt, dass Großveranstaltungen, „bei denen eine Kontaktverfolgung und die Einhaltung von Hygieneregeln nicht möglich ist“ mindestens bis 31.12.2020 coronabedingt

nicht stattfinden. Dies stellt die Veranstaltungswirtschaft, die teilweise seit März ohne Aufträge ist, vor große existenzbedrohende Probleme.

Anders als einige andere Branchen kann die Veranstaltungsbranche verlorene Umsätze aufgrund von abgesagten Business- und Marketing- Events oder Freizeit- und Kulturveranstaltungen etc. nicht nachholen. Laut Analyse der Branchenverbände RIFEL und FAMAB sind es aktuell etwa 90% der Umsätze in der Branche, die endgültig verloren sind. Und auch nach einem Ende der Corona-Beschränkungen werden Gewinne durch (Groß)veranstaltungen erst mit Verzögerung generiert werden können, da diese oft eine lange Planungsphase haben.

Im Interesse der Zukunftssicherung der regionalen Veranstaltungsbranche und den damit verbundenen Arbeitsplätzen, müssen deshalb langfristige Perspektiven geschaffen und Lösungen erarbeitet werden, damit die vielen betroffenen Unternehmen und Selbstständigen die sinnvollen Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens überleben können.

Die Planung und Durchführung von (Groß)veranstaltungen stellt alle Beteiligten derzeit vor große Herausforderungen, da vielfältige Sicherheitsaspekte geprüft und Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Einhaltung von Hygienestandards zu gewährleisten. Gesundheitsschutz bleibt oberstes Ziel, aber gemeinsam müssen Wege für Veranstaltungsformate aufgezeigt werden, die Corona-vorgaben entsprechen. Um die negativen Auswirkungen infolge erlassener Schutzmaßnahmen und Beschränkungen zu verringern bzw. zu vermindern ist das gemeinsame Engagement auf Seiten der Politik, Behörden und bei den Unternehmen notwendig, die zusammen mit Fachplanern schnelle und tragfähige Lösungen erstellen. Es muss unbedingt vermieden werden, dass Veranstaltungen aus Sorge vor Fehlern abgesagt oder erst gar nicht geplant werden. Hierfür ist auch eine verstärkte Förderung des Erfahrungs- und Praxisaustauschs zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, zuständigen Behörden vor Ort sowie Experten der Veranstaltungsbranche notwendig.

Ralf Stegner

Özlem Ünsal

Thomas Hölck

und Fraktion